

Sitzung Nr. 7 vom 30. August 2022

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Alexander Kaufmann Angela Kummer Farah Romy (Ersatz) Michael Schlup (Ersatz) Robert Gerber Alexander Kohli Ivo von Büren Marc Willemin Nicole Arnold Fabian Affolter Richard Aschberger (bis Traktandum 4, bis 18.20 Uhr) Markus Mehr (ab Traktandum 5) Matthias Meier-Moreno Roland Hartmann (Ersatz) Patrick Crausaz
Entschuldigt	Remo Bill Daniel Hafner Peter Brotschi David Baumgartner, Finanzverwalter
Anwesend von Amtes wegen	Per Just, Geschäftsleiter SWG Aquil Briggen, Stadtbaumeister Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 19:30 Uhr
TRAKTANDEN	(2915 - 2923)
1	Protokolle der Sitzungen Nr. 4 vom 17. Mai 2022 und Nr. 5 vom 7. Juni 2022
2	2915 Energiemangellage

- 3 2916 Motion Fraktion FDP: Grenchen, die fahrradfreundliche Stadt (Velo-Auto-Bahn-Knoten): Beschluss über Erheblicherklärung
- 4 2917 Motion Fraktion SP: Abfallsünder direkt angehen: Beschluss über Erheblicherklärung
- 5 2918 Motion Fraktion SP: Grenchen überstrahlt seine Nachbarn? Weniger Lichtverschmutzung für mehr Lebensqualität: Beschluss über Erheblicherklärung
- 6 2919 Sitzungsplan 2023
- 7 2920 Internes Kontrollsystem (IKS): Beschluss und Nachtragskredit für das Einführungsprojekt
- 8 2921 Beitrag an Kindertagesstätte Seniokita: Nachtragskredit 2022
- 9 2922 Postulat Fraktion SP: Veloweg zu Schwimmbad und Aare: Einreichung
- 10 2923 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

Die Protokolle der Sitzungen Nr. 4 vom 17. Mai 2022 und Nr. 5 vom 7. Juni 2022 werden genehmigt

- o -

Energiemangellage

Vorlage: KZL/29.08.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Per Just, Geschäftsleiter SWG, erläutert in seinem Input-Referat, warum es eine Energiemangellage geben und was man tun kann (Präsentation s. Beilage).
- 1.2 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger ist die Situation ernst zu nehmen. Das Problem ist, dass hier verschiedene Faktoren zusammenkommen: u.a. Ukraine-Krieg, Stromabkommen mit der EU. Wenn man dort keine Lösung findet, wird es irgendeinmal schwierig.
- 1.3 Gemeinderat Patrick Crausaz möchte wissen, wie hoch die Wahrscheinlichkeiten der aufgezeigten Szenarien eingeschätzt werden. Wenn er die Folie «Verbrauchslenkung» richtig interpretiert, kann man bestenfalls Netzabschaltungen verhindern. Ist das tatsächlich so?
- 1.3.1 Per Just erwidert, dass man noch nie in so einer Lage war. Man weiss nicht, wie viele französische Atomkraftwerke noch ans Netz kommen und wie viel Wasser in den Stauseen ist. Er kann hier keine verbindliche Aussage machen. Wenn man dann fünf solche Winter hinter sich gebracht hat, weiss man mehr.
- 1.4 Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemäss Gemeinderat Alexander Kaufmann wird die SP-Fraktion selbstverständlich auf die Vorlage eintreten und den Appell zum Energie-Engpass unterstützen. Wenn man regelmässig Zeitung liest und Fernsehen schaut, ist das das Thema. Jetzt wird es schwarz auf weiss auch dem Gemeinderat resp. der Gemeinde aufgezeigt. Es ist richtig, dass man dies so macht. Er dankt Per Just für seine Ausführungen. Ihm wurde wieder einmal bewusst, wie rasant es gehen kann und wie schnell man umdenken muss. Vor einem Jahr hatte man das Thema noch nicht. Die Spezialisten haben es geahnt, aber niemand hat es thematisiert. Jetzt hinkt man hinterher, was ihn stört. Man spricht zwar von der Abschaltung der AKWs etc. und wie man einen Engpass verhindern könnte, aber man ist immer noch im Rückstand. Nun wird man durch die Energiekrise zum Handeln gezwungen. Vielleicht geht es jetzt ein wenig rascher.

Alexander Kaufmann hat gerade heute erfahren, dass Windkraft eine grössere Effizienz hat, als man angenommen hat. Das ist etwas völlig Neues. Er weiss nicht, ob das Zufall ist, dass das jetzt herauskommt. Oder kommt es jetzt, weil man sich nach einer Alternative umschauen muss. Hier sieht man, wie etwas ins Rollen kommt. Die SP-Fraktion ist einverstanden und wird dies unterstützen.

- 2.2 Laut Gemeinderat Alexander Kohli hat Per Just das Wichtigste gesagt. Appelle sind generell so eine Sache. Es klingt gut und nützt nichts oder ist mindestens zweifelhaft, dennoch wird man nicht darum herumkommen, sich der Sache, der Problematik stellen zu müssen. Er hat einfach Angst vor kubistischer Schieberei. Damit ist es am Schluss nicht gemacht. Es gibt keine konkreten Vorgaben, auch vom Bund immer noch nicht. Dieser Winter wird nicht der letzte Winter sein, in dem man das Problem hat. Das heisst, man muss in der Stadt einen nachhaltigen Ansatz suchen, wo man die echten Verbraucherprobleme behebt, sonst bringt es nichts. Ein bisschen Appell reicht nicht aus, man muss die Sache anpacken und die echten Probleme - die Verbraucher - adressieren. Man darf aber die Verhältnismässigkeit nicht ausser Acht lassen. Am Schluss ist es billig, wenn man einfach der Hausfrau und dem Hausmann den schwarzen Peter in die Schuhe schiebt, auch wenn alle Standby-Massnahmen sicher etwas bringen. Aber das kann es auch nicht sein. Man soll sich in Sachen Bewusstseinsstärkung auf den Weg machen, aber man soll dabei ehrlich sein und vor allem vor der eigenen Türe kehren. Die Stadt ist aufgefordert, in den städtischen Anlagen, Betrieben, Infrastrukturen ganz konkret die Verbrauchssünder zu finden und entsprechend zu beheben. Vor diesem Hintergrund stimmt die FDP-Fraktion der Sache zu.
- 2.3 Nach Ansicht von Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ist es ein guter Weg, einen Appell rauszuschicken und auch stadtintern etwas zu unternehmen. Man hat es belächelt und bisher gedacht, dass es in der Schweiz nicht passieren kann. Jetzt steht es vor der Türe. Der Winter kommt und man muss vorbereitet sein. Wenn man nichts macht, wird es einen auf dem falschen Fuss erwischen. Jetzt kann man etwas in die Wege leiten. Selbstverständlich kann man allein nicht viel ausrichten, Bund und Kantone müssen hier mitziehen. Man ist am EU-Netz angeschlossen und nur ein kleiner Fisch. Wenn man nichts dazu beiträgt, kann sich auch nichts ändern. Es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Hoffentlich kommt es nicht so heraus, wie es prophezeit wird. Es bleibt einem gar nichts anderes übrig, als den Energieverbrauch zu reduzieren.
- 2.4 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion den Anträgen zustimmen wird. Das, was man jetzt hat, sind die Auswüchse der Energiepolitik der Linken und Grünen. Sie hätten gescheiter den Mund gehalten und diejenigen machen lassen, die etwas davon verstehen. Sie können das Licht zu Hause ablöschen und die Heizung abstellen, damit man sparen kann. Es ist sehr interessant, dass heute niemand davon spricht, wie es dazu gekommen ist und warum man das jetzt hat. Er muss wirklich sagen, dass die Energiepolitik versagt hat. Das ist Fakt.
- 2.5 Gemeinderat Patrick Crausaz dankt Per Just für seine Ausführungen. Man sieht, dass man den Gürtel enger schnallen muss. Die glp schätzt sehr, dass die Stadt mit einem Appell vorwärtsmacht, und unterstützt die Anträge. Sie hofft, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangeht und zeigt, dass sie es mit dem Appell ernst meint.
- Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Der *Appell zum Energie-Engpass* wird verabschiedet.
- 4.2 Der Stadtpräsident wird beauftragt, einen Sonderstab zu bilden und das Nötige zu veranlassen, um die Folgen der steigenden Energiepreise und einer drohenden Energiemangellage zu mindern.
- 4.3 Sämtliche Mitarbeitenden der Stadt werden verpflichtet, alles zu unternehmen, um Energie und damit auch Kosten zu sparen.
- 4.4 Der Gemeinderat ist regelmässig zu informieren und nötige Entscheide sind ihm rechtzeitig vorzulegen.

Vollzug: Stadtpräsidium, KZL, AVK

SWG
AVK

8.7 / acs

Motion Fraktion FDP: Grenchen, die fahrradfreundliche Stadt (Velo-Auto-Bahn-Knoten): Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/18.08.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Motion von der Baudirektion in Koordination mit der Stadtschreiberin beantwortet.

2 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

3 Diskussion

- 3.1 Gemeinderat Alexander Kohli dankt vorab für die gute Aufnahme des Anliegens, das in seiner Brisanz angesichts der steigenden Treibstoffpreise kontinuierlich zulegt. Zu den Antworten ist zu sagen, dass die FDP grundsätzlich mit der Klassifizierung in Hard- und Softwareaspekte einverstanden ist - von den daraus abgeleiteten Konsequenzen ist sie aber zumindest teilweise enttäuscht! Unter Ziff. 2.4 wird auch erkannt, dass es nicht nur die grossen Massnahmen wie neue Bahnquerungen etc. braucht, sondern auch eine Vielzahl von „relativen Kleinigkeiten“, um wirklich velofreundlicher zu werden. Die Frage steht im Raum, warum dann nichts oder wenig geschieht. Es fehlt der entsprechende Druck und jemand, der sich darum kümmert - ein/eine Velokümmer/in. Es fehlt ein übergreifendes Konzept oder Programm, welches die kontinuierliche Verbesserung im Sinne der Velofreundlichkeit vorantreibt. Und damit ist er bei der etwas enttäuschenden Seite der Antwort: Das übergeordnete Programm ist seit diesem Frühsommer mit dem genehmigten Agglomerationsprogramm vorhanden und ruft dringend nach Inhalt. So dringend, dass, wenn man den Inhalt nicht bringt, es dann allenfalls noch «krepert». Es wären A-Massnahmen im Fuss- und im Veloverkehr möglich und gesucht, die man benennen könnte, unter Massnahmen im Verkehr (MK) sind multimodale Drehscheiben wie Bahnhof Grenchen Süd zu planen. Er geht um den Masterplan Fuss- und Veloverkehr Bahnhof und Umgebung. Dafür braucht es eine Studie. Es gibt nichts, ausser man tut es. Der Planungsprozess muss budgetiert und angeschoben werden. Wie unter Ziff. 2.6.6 angesprochen, besteht der Handlungsbedarf darin, wirklich vorwärtszumachen und das Agglomerationsprogramm nicht durch fehlende Konzepte/Massnahmen zu gefährden. Aber auch bei den Soffaktoren muss man vorwärts machen. Es fehlt in diesem Bereich ein schlüssiges Konzept und eine Person in der Verwaltung, die sich um diese Themen kümmert.

Um der Angelegenheit weiterhin den Vorschub zu geben, soll ein späterer Termin (z.B. Ende März 2023) stipuliert werden. Vor diesem Hintergrund wäre er sehr dankbar für die Unterstützung der Motion.

- 3.2 Die Mitte-Fraktion, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, staunt nicht schlecht über den Vorstoss der FDP zum Thema fahrradfreundliche Stadt, wie auch über den geplanten Vorstoss der SP, welcher heute eingereicht wird. Gerne weist er darauf hin, dass die Mitte, damals noch unter dem Namen der CVP, zu sehr ähnlichen oder gleichen Themen im Jahr 2016 und 2017 Vorstösse eingereicht hat. Zum einen freut es sie, dass andere Parteien nun auch etwas für eine velofreundlichere Stadt tun wollen. Zum anderen muss er ehrlich sagen, dass die neuen Vorstösse Dinge aufnehmen, die bereits durch die Mitte eingereicht wurden. Leider hat der Gemeinderat damals die Idee der sicheren Girardstrasse nicht richtig verstanden und die Motion abgelehnt, vermutlich wäre dies heute anders. Die Langsamverkehrunterführung Girardstrasse - Brühlstrasse wurde erst im 2020 durch die Baudirektion behandelt und dem Gemeinderat mittels Machbarkeitsstudie vorgestellt, seither passierte in der Autostadt Grenchen nicht mehr viel. Daher erachtet die Mitte es trotzdem als sinnvoll, weitere Vorstösse, die in diese Richtung abzielen, zu unterstützen, jedoch nicht als Motion, sondern nur als Postulat.
- 3.2 Gemäss Michael Schlup, Ersatz-Gemeinderat, rennt die FDP auch bei der SP offene Türen ein. Die Forderungen für eine familienfreundliche Velostadt sind praktisch deckungsgleich mit den Anliegen innerhalb der SP. Grenchen hat kein konkretes Konzept für den Langsamverkehr. Es fehlt nach wie vor ein gültiges und verbindliches Velokonzept. Die betroffenen Verwaltungsabteilungen stossen das Thema seit Jahren vor sich her, ohne jedoch konkret zu werden. Er ist täglich in Grenchen unterwegs und vermisst gesicherte Velowege. Deshalb hat er Verständnis, wenn breite Teile der Bevölkerung aus Angst auf das Velo verzichten, obwohl sie es eigentlich gerne benutzen würden. Solange also die Infrastruktur für den Langsamverkehr nicht oder nur an wenigen Orten vorhanden ist, kann Grenchen nicht als Velostadt bezeichnet werden. Der Begriff Velostadt muss auch für die Bevölkerung gelten. Velofahren ist nach wie vor gesund, schon das Portemonnaie und die Umwelt. Die tiefe Priorität für das Velo als Fortbewegungsmittel, die er aus der Vorstossantwort entnimmt, drückt für ihn neben einem gewissen Unwillen auch ein Mangel an Ressourcen und Fachwissen in diesem Bereich aus. Die SP fordert, eine «Begleitgruppe Langsamverkehr» ins Leben zu rufen. Diese umfasst hauptsächlich externe Fachleute, welche sich mit Velokonzepten tagtäglich befassen und praktische Erfahrung in der Umsetzung mitbringen. Diese Begleitgruppe soll die Verwaltung unterstützen, konkrete Ziele definieren und Projekte umsetzen mit einem klaren Zeithorizont. Viele konkrete Verbesserungen brauchen auch keine riesigen verkehrsplanerischen Baumassnahmen. Er macht daher den ersten Schritt und reicht ein Postulat mit konkreten Vorschlägen ein.
- 3.3 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Marc Willemin, ist klar der Meinung, dass sich die Anliegen der FDP bereits in vielen Projekten (wie z.B. Ortsplanungsrevision, Agglomerationsprogramm und einige mehr) in Bearbeitung und Vorprüfung befinden. Das ist auch die Meinung der Baudirektion. Eine Zweispurigkeit ist hier sicher nicht sinnvoll. Auch die Terminvorgabe auf Ende August 2022 (heute ist der 30. August) ist nicht so glücklich gewählt. Die SVP kann den Antrag nicht unterstützen. Es ist schon möglich, viele Kleinigkeiten, die nicht viel kosten, zu planen, aber sie sollten am Schluss zu den grossen Projekten, die in Planung sind, passen.

Wenn Verbesserung vorgenommen werden, sollten sie nicht nur dem Langsamverkehr, sondern auch dessen Sicherheit dienen, und zwar ohne den motorisierten Individualverkehr (MIV) zu behindern. Grenchen kennt man als autofreundliche Stadt im Grünen. Darum ist der Slogan in der Vorlage nicht ganz richtig. Die SVP schlägt vor, den Begriff «Velofreundlichste Autostadt» zu verwenden. Sie lehnt die Motion so ab. Verbesserungen müsste es im Übrigen auch wegen der Velofahrer geben, denn diese fahren auf Trottoirs, bei Rot über die Strasse und über Fussgängersteifen. Sie sind verhasst im Wald. Sie sind überall nicht ganz willkommen. Man sollte dort ansetzen, wo es nötig ist. Dafür müsste es jemanden geben.

- 3.4 Gemeinderat Patrick Crausaz dankt den Motionären und der Baudirektion für die Stellungnahme und ihre Erläuterungen. Die glp unterstützt das Bestreben, Grenchen zu einer autofreundlichen Velostadt «aufzuwerten». Wer, wenn nicht Grenchen, mit dem weltweit bekannten Velodrome, internationalen Radrennsportanlässen, einem erstklassigen Pumptrack, Mountainbike-Trails, u.a. sollte es schaffen, als Velostadt oder eben autofreundliche Velostadt einen nationalen Bekanntheitsgrad erreichen zu können? Dazu gibt es, wie in der Stellungnahme der Baudirektion zu entnehmen ist, viele Möglichkeiten. Daher erachten die glp es ebenfalls als zielführend, eine Liste mit konkreten Massnahmen (baulich und bezüglich Marketing) zu erarbeiten. Diese Massnahmen sollen u.a. hinsichtlich Nutzen, Umsetzungsmöglichkeiten, Kosten, Realisierungszeitraum evaluiert und priorisiert werden. Die glp unterstützt die Motion.
- 3.5 Gemeinderat Richard Aschberger hat wohl nicht als einziger gestaunt, als er den Absender der Motion sah. Aber in der aktuellen Zeit überrascht einen ja nichts mehr. Er will hier kurz seine ganz persönliche Erfahrung einbringen, da er in den letzten 3 Monaten rund 1500 km hier im Perimeter Umkreis 35 km herumgefahren ist mit dem Rennrad, also auch ohne jegliche Federung. Er kann somit mit Praxisbezug klar festhalten, dass man hier schon auf einem sehr hohen Niveau am Jammern ist. Wenn man bestehende Strassen fleissig saniert, dann sind die nämlich auch in der jetzigen Breite absolut gar kein Problem mit Fahren und zwar egal zu welcher Tageszeit. Wenn die Dohlendeckel, Abflussschächte nicht in einem Krater liegen, ist das alles 1a zu befahren. Und wie in der Vorlage steht, wird das, was in der Grenchner Macht liegt, ja alles schon bearbeitet. Leider ist halt vieles an höherer Stelle, beispielsweise beim Bundesamt für Strassen (ASTRA) oder auch beim Kanton. Da kann er noch etwas zum Punkt 2.6.3 der Vorlage sagen: Die Veloroute, die ja irgendwann einmal stressfrei fern der Hauptautostrassen von Biel bis Olten gehen soll. Schon 2019 hat er einen Abschnitt zwischen Bellach und Selzach bemängelt, rund 500 Meter, wo die Velostrasse einfach nicht geteert ist. Es hiess man arbeite dran. Vor wenigen Wochen hat er nachgehakt und naja, man will es dann via ein nächstes Agglomerationsprogramm und Veloprogramm einfliessen lassen, vielleicht 2024 oder 2025, es sei alles kompliziert wegen speziellen Gebiet in der Witi, irgendwelchen Schutzzonen, obwohl direkt an der Bahnlinie kaum was wächst, eher alles verbrennt, aber irgendwelche Vogelbrütervereine haben wohl auch da etwas im Auge, nicht nur bei der Bergstrasse... Fazit, so wie es jetzt in der Stadt schon angegangen wird mit Velo, Marketing dazu und so weiter, reicht das locker aus. Es gibt andere Baustellen, als so etwas noch zusätzlich zu fördern. Man soll erst einmal die beschädigten Strassenabschnitte reparieren, das ist zusätzliche Förderung genug, wenn man weniger Slalom fahren muss.

- 3.6 Angela Kummer möchte etwas bezüglich der Wahrnehmung sagen: Wenn Richard Aschberger mit dem Rennvelo auf eine Tour geht und z.B. über Land fährt, ist das etwas anderes, als wenn Familien mit Kindern mit Veloanhängern oder ältere Leute, die sich gerne noch mit dem Velo bewegen würden, aber nicht mehr so gelenkig sind, unterwegs sind. Diese fühlen sich unsicherer und können nicht so einfach um ein Loch herumfahren. Es kann gut sein, dass Richard Aschberger hier einen anderen Fokus hat, aber andere Leute haben dort grosse Hemmschwellen, nachher auf das Velo umzusatteln. Hier muss man Abhilfe schaffen. Gerade im Zusammenhang mit der Energiemangellage möchte man, dass die Leute für den Nahverkehr, zum Einkaufen, für kurze Wege, ab und zu auf das Velo umsatteln. Es muss nicht jeder komplett auf das Velo umsteigen. Sie denkt, dass man hier auf verschiedenen Ebenen arbeitet. Es wurde schon viel gemacht, aber jetzt müsste man es noch konkretisieren. Es braucht zusammenhängende Bausteine, aus denen sich ein Ganzes zusammensetzt. Man sollte nicht etwas machen, das nicht kompatibel ist. Sie findet beispielweise die Dählenstrasse eine Katastrophe. Es ist grundsätzlich ein guter Weg, aber die Autos sind so blöd parkiert, dass man dort irgendwie ausweichen muss. Sie hat dort schon Situationen gesehen, die sehr gefährlich waren. Sie ist der Ansicht, dass man hier einen grossen Nachholbedarf hat und nicht auf all die Projekte, die im Zusammenhang mit dem Kanton, dem ASTRA etc. stehen, warten kann. Man hat viele eigene Strassen, wo die Stadt selbst verantwortlich ist.
- 3.7 François Scheidegger meint, dass das Ganze vielschichtig ist. Man kann nicht auf die Schnelle etwas machen. Das ist nicht seriös. Für die nächste GR-Sitzung vom 20. September 2022 wird das Geschäft «Agglomerationsprogramm Grenchen: Statusbericht und Antrag Teilnahme 5. Generation» traktandiert. Man spricht von einer zusätzlichen Verbindung Nord-Süd. Man hat schon einiges gemacht, aber das sind alles langwierige Projekte. Als er sein Amt im 2014 antrat, nahm er als Erstes das Projekt «Bahnhofplatz Grenchen Süd» an die Hand. Bis jetzt wurde noch kein Baustein verbaut. Der Bootshafen ist eine ähnliche Geschichte. Es ist klar, dass da Einsprachen kommen. Vom Windpark will er gar nicht reden. Er wird in seiner Amtszeit nicht mehr erleben, dass dieser in Betrieb geht. Die Ortsplanungsrevision ist am Laufen. Gefordert sind heute auch immer Mobilitätskonzepte. Auch das wird Teil des Agglomerationsprogramms sein. Der Langsamverkehr ist selbstverständlich ebenfalls ein wichtiger Teil davon. Das kann man nicht einfach so übers Knie brechen. Man wird viele Papiere produzieren müssen, vor allem wenn man mit dem Agglomerationsprogramm 5. Generation weitermacht. Dazu kommen grössere Bauprojekte aus der Industrie heraus. Dort braucht es ebenfalls Mobilitätskonzepte.
- 3.8 Es ist richtig, so Stadtbaumeister Aquil Briggen, dass im Agglomerationsprogramm erste Vorentscheide getroffen wurden. Es braucht hier aber noch weitere Schritte. Sicher gibt es Massnahmen, die man jetzt schon angehen kann und wo man nicht warten muss. Einen Teil - z.B. die Arbeitszonenbewirtschaftung etc. - hat man schon angefangen. Gewisse Sachen hat man noch nicht an die Hand genommen. Schade ist, dass gewisse Verbesserungen für den Langsamverkehr, die in den letzten Jahren in der Dählen-, Allerheiligen-, Central-, Bahnhof- und Léon Breitling-Strasse vorgenommen wurden, scheinbar nicht erkannt werden. Die Velovorrangroute Solothurn - Grenchen ist planerisch weit fortgeschritten und wird im Rahmen des Agglomerationsprogramms eingegeben und dort weiterverfolgt. Dort ist die Federführung beim Kanton, welcher dran ist. Weiter ist bei der Autobahnausfahrt für den Langsamverkehr eine massive Optimierung geplant. Auch das ist im Agglomerationsprogramm integriert.

Hier sind Kostenbeiträge vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und vom Bund bereits zugesichert. Der Lead ist dort beim Kanton und beim ASTRA. Die Stadt muss nichts daran zahlen. Das ist am Laufen. Es braucht einfach seine Zeit. Man hat noch zukünftige Verbesserungen in petto und Planung u.a. am Bahnhofplatz Grenchen Süd und an der Bahnhofstrasse. Und im Rahmen der Ortsplanungsrevision sind weitere Massnahmen zur Sicherstellung einer Langsamverkehrsachse Nord-Süd geplant. Das Projekt heisst «Boulevard». Es geht dort um die Girardstrasse und Güterstrasse.

3.9 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 7 : 7 Stimmen, mit Stichentscheid des Stadtpräsidenten, folgender

4 Beschluss

4.1 Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

Vollzug: BD

BD
Standortförderung
Jurasonnenseite

7.9.1 / acs

Motion Fraktion SP: Abfallsünder direkt angehen: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/18.08.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Motion von der Baudirektion in Koordination mit der Stadtschreiberin beantwortet.

1.2 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage kurz zusammen.

2 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

3 Diskussion

3.1 Wie Gemeinderätin Angela Kummer ausführt, ist das Ziel von allen eine saubere Stadt und eine gut funktionierende Abfallentsorgung als wichtige Dienstleistung für die Bevölkerung. Das bestreitet sicher niemand. Die SP-Fraktion ist froh, dass der Baudirektion und insbesondere den Mitarbeitenden des Werkhofs die Problematik der unsachgemässen Entsorgung von Siedlungsabfall bekannt ist - es geht hier nicht um Littering! - und sie sich für konkrete Lösungen offen zeigen. Nun gilt es, endlich auch seitens Politik klare Forderungen zu stellen, und die Verwaltung soll wissen, dass der Gemeinderat dann auch bereit ist, entsprechende Massnahmen zu finanzieren. Die Motion verlangt «genügend personelle Ressourcen», um sich diesen Themen zu stellen. Es muss nicht - wie in der Motionsantwort vorgeschlagen - eine regelrechte „Abfallpolizei“ installiert werden. Sie hört hier heraus, dass man es wieder delegieren (Gemeindepolizei, KAPO) und dann nur Bussen verteilen will. Das kann schon ein Aspekt sein, aber in erster Linie geht es darum, das Prozedere mit Mahnen, Hotspot-Erkennen sicherzustellen, nachher kann man allenfalls polizeiliche Massnahmen ergreifen. Der SP geht es darum, dass man mit allen involvierten Personen gemeinsame Lösungen erarbeitet. Das könnte konkret heissen:

- Analyse vor Ort: Die Kehrrichtwagen-Ladeteams erhalten den Zusatzauftrag, konkret zu notieren, wo über eine gewisse Zeitdauer mehrmals hintereinander Abfall unsachgemäss entsorgt wird.
- Liste von Massnahmen erstellen: Kleber (als Mahnungen) auf diejenigen Kehrrichtsäcke, welche nicht korrekt taxiert wurden. Abfallsäcke werden nicht mehr ohne Taxierung eingesammelt. Warnung, dass die Abfallsäcke durchsucht werden. Danach Kontakt zu den Liegenschaftsverwaltungen aufnehmen.

Mit diesen konkreten Massnahmen werden die Probleme im Bereich Abfallentsorgung nicht von heute auf morgen besser, aber es wird sicher möglich sein, die eigentlich jetzt schon bekannten Hotspots zu entschärfen und die Menge des unkorrekt hinausgestellten Abfalls zu senken. Die SP hofft, dass der Rat die Motion unterstützt, und ist bereit, mitzuarbeiten.

- 3.2 Leider kennt der Gemeinderat die Thematik schon zu genüge, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, und hat sie schon x-Mal diskutiert und sich darüber enerviert. Eine konkrete Lösung für das Problem hat man bisher nicht gefunden. Ob der Einsatz einer «Abfallpolizei» tatsächlich die Lösung für das Problem ist, bezweifelt er. Jedoch lässt er sich gerne eines Besseren belehren. Die Mitte-Fraktion wäre grundsätzlich für einen Pilotprojekt zu begeistern, jedoch hat sie auch einige Fragen, die zuerst geklärt werden müssten. Wer genau würde diesen Job ausführen? Ist dies ein Gemeindearbeiter oder ein Polizist der Gemeindepolizei? Darf dieser überhaupt Bussen ausstellen? Wer erhält das Bussengeld, der Kanton oder die Gemeinde? Wenn der Kanton das Bussengeld erhält, ist der Anreiz nicht all zu gross und der Effekt verpufft. Wie muss man sich eine „Abfallpolizei“ im Grundsatz vorstellen, welche Aufgaben hat diese, wie gross ist das Team und deren Schlagkraft? Wenn die Mitte zur Motion Ja sagt, dann nur wenn sie auch messbare Daten erhält, die aufzeigen, welche Wirkung die «Abfallpolizei» hat.
- 3.3 Gemäss Gemeinderat Richard Aschberger kann man sich der Fraktionssprecherin der SP problemlos anschliessen. Sie hat gut erklärt, was im Fokus liegen sollte. Auch in der Vorlage steht alles drin und es werden möglichen Massnahmen aufgezeigt. Die Thematik Littering wurde auch schon ein paar Male im Gemeinderat behandelt. Seitens SVP hat man sich ebenfalls mehrfach des Themas angenommen und stärkere Strafen gefordert. Jetzt hat man eine Motion der SP, wo es um den Normabfall geht. Für die SVP ist klar, dass man hier deutlich schärfer durchgreifen muss. Die Strafen, die man verfügen kann, muss man auch verfügen. Es muss richtig weh tun. Für die SVP ist sonnenklar, dass es mit den bestehenden Ressourcen funktionieren muss. Sie würde sich wehren, wenn man jetzt ein Abfallteam zusammenstellen oder eine Abfallpolizei installieren würde. Das würde gar nicht gehen. Das Problem ist hier die Kompetenzregelung etc. Es kann hier nicht jeder hingehen und andere büssen. Man hat (noch) keine Anarchie. Die Polizei muss einfach einmal Priorisierungen vornehmen. Sie kann z.B. festlegen, dass sie zwei Monate Schwerpunktkontrollen durchführt. Es gibt gewisse Gebiete, Quartiere und Strassen, wo man genau weiss, wann die Gegenstände (Hausrat) ungefähr dort liegen. Die SVP ist nicht bereit, zusätzlichen Ressourcen zu genehmigen. Man hat kein Geld für solche Spässe.
- 3.4 Gemeinderat Alexander Kohli meint, dass das Problem schon länger erkannt und sichtbar ist. Letzten Endes muss man Lösungen haben, wo das Verursacherprinzip zur Anwendung kommt. Ob man dafür wirklich eine Abfallpolizei aufstellen will, muss man sich gut überlegen. Hier hat die FDP schon viel gehört, das sie unterschreiben kann. Vielleicht müsste man mehr Campaigning machen, um die Zivilcourage zu fördern. Letztlich sind alle gefragt, wenn sie so etwas sehen, entsprechend einzuschreiten und Hinweise zu geben. Vor diesem Hintergrund wird die FDP-Fraktion hier einmal vorsichtig zustimmen.
- 3.5 Gemeinderat Ivo von Büren ergänzt, dass die SVP-Fraktion nicht grundsätzlich gegen die Motion ist. Sie findet sie gut. Er möchte noch anmerken, dass das beispielsweise eine Chance für das neu gegründete Polizeiinspektorat sein könnte, welches sich darauf einspielen und ein hilfreiches Mittel sein könnte.

- 3.6 Gemeinderat Patrick Crausaz dankt den Motionären und der Baudirektion für Stellungnahme und Erläuterungen. Für die glp ist klar, dass eine saubere Stadt nicht nur den Steuerzahlern geschuldet wird, sondern auch als Erscheinungsbild gegen aussen wahrgenommen wird, und somit eine Visitenkarte der Stadt darstellt. Es kann nicht angehen und hingenommen werden, dass sich einige schwarze Schafe über die Regeln der Abfallentsorgung ungeschoren hinwegsetzen. In einzelnen Quartieren der Stadt hat man zuweilen den Eindruck man befinde sich in Neapel vor zehn Jahren..., wo sich der Müll auf den Strassen türmte. Die glp ist der Meinung, dass nach Klärung der Rechtsgrundlagen und Rechtspflichten möglichst rasch auf die Installation einer «Abfallaufsichtsstelle» hingearbeitet werden soll. Die glp unterstützt die Motion.
- 3.7 François Scheidegger wäre froh, wenn man die Motion in ein Postulat umwandeln könnte. Das Thema wurde schon mehrfach diskutiert, auch die Gemeinderatskommission hat sich mit dem Thema befasst. Man ist sich einig, dass etwas gehen muss. Man will auch etwas machen, aber es gibt noch gewisse Sachen, die man klären muss. Eine der Massnahmen kann durchaus sein, dass man im Werkhof die Ressourcen erhöht, aber für ihn ist das zu einseitig. Man muss es gesamtheitlich anschauen. Für ihn würde sich das sehr gut in andere Vorstösse einfügen, die in diesem ganzen Kontext noch hängig sind. Letztlich sagt die Motionärin, ob sie das will oder nicht.
- 3.8 Angela Kummer hat die Motion eingereicht, weil man letzten Herbst zusammengesessen ist und klar herauskam, dass der Werkhof das Thema nicht mehr bearbeiten kann als er es jetzt schon tut. Sie hat sich dann gefragt, wozu man zusammensitzt, wenn man dort nicht für Lösungen ist. Sie ist überzeugt, dass, wenn man das Prozedere konkret anschaut und prüft, wer was machen kann, es nicht gezielt eine Person braucht, sei es nun polizei- oder verwaltungsmässig. Letztlich muss es von allen mitgetragen werden. Klar kann man punktuell die Hotspots noch ein wenig mehr kontrollieren, aber es muss geklärt sein, wie es mit Mahnungen und Bussen, aber auch mit der Sensibilisierung der Bevölkerung geht. Es geht auch um Umweltthemen, z.B. Recycling, falsche Entsorgung (Hausmüll im Kompost). Deshalb möchte sie ihren Vorstoss nicht in ein Postulat umwandeln. Sie kann aber jetzt schon sagen, dass sie keine Videoüberwachungen, Securitas-Einsätze etc. möchte. Ihr geht es prioritär darum, dass das Prozedere abgeklärt wird. Die Involvierten wissen am besten Bescheid, weil sie an der Front sind.
- 3.9 François Scheidegger meint, dass, so wie sich Angela Kummer jetzt äussert, es eher eine polizeiliche Aufgabe und weniger eine Aufgabe des Werkhofs ist. Letztlich kann er auch mit einer Motion leben.
- 3.10 Die SP, so Angela Kummer, hat in ihrer Motion nichts von Abfallpolizei geschrieben, sondern im Vorstoss steht klar, dass *der Werkhof über die nötigen personellen Ressourcen verfügen soll*. Die SP sieht es in erster Linie dort. Vielleicht muss man später noch weitere Stellen hinzuziehen, wenn es dann so weit ist, dass man büssen muss. Man muss die Sache zuerst umkehren und sagen, dass man den Abfall nicht mehr mitnimmt, wenn er nicht taxiert ist. Dort muss man ansetzen.
- 3.11 Wenn man den Abfall dann nicht mehr mitnimmt, so François Scheidegger, wird er die Anrufe der erbosten Bewohnerinnen und Bewohner an Angela Kummer weiterleiten. Dann sieht sie, was passiert. Es ist eine Gratwanderung. Man will den Abfall nicht sofort mitnehmen, sonst klebt niemand mehr eine Gebührenmarke auf die Abfallsäcke, aber man kann den Abfall auch nicht zu lange draussen stehen lassen, sonst kommen wieder Facebook-Meldungen etc. Das Ganze ist relativ vielschichtig.

- 3.12 Gemeinderat Marc Willemin kann 100-prozentig dahinterstehen, dass es sauber sein soll. Andererseits muss man daran denken, dass, wenn man jemanden einsetzt, der hinterherräumt, der Schuss nach hinten losgehen kann. Wenn die Leute merken, dass noch einer mehr kommt, werden sie denken, dass sie noch mehr hinausstellen können und es nachher abgeholt wird. Wenn man etwas macht, muss man es mit Strafen verbinden, d.h. es müsste etwas auf Polizeiseite unternommen werden. Es ist nicht ziel führend, wenn man den falsch entsorgten Müll abtransportiert, weil man damit die Abfallsünder in ihrem feigen Verhalten noch bestärkt.
- 3.13 Wenn der Werkhof, so François Scheidegger, über die nötigen Ressourcen verfügen soll, muss der Gemeinderat wissen, dass man mit entsprechenden Stellenbegehren kommen könnte.
- 3.14 Gemäss Ivo von Büren kann die SVP dem Antrag gemäss Motion nicht zustimmen. Die SVP ist grundsätzlich der Meinung von Angela Kummer, aber sie findet die Motion zu vage. Wenn der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt wird, unterstützt die SVP das Anliegen, da sie ebenfalls etwas machen möchte. Jetzt liegt es an ihr.
- 3.15 Angela Kummer betont, dass die SP nicht mehr Ressourcen will, damit der Werkhof mehr Touren machen kann, sondern damit Abfallsünder direkt angegangen werden können. Man muss lesen können. Sie wird die Motion nicht umwandeln, weil sie ausgerechnet ist. Eine Motion heisst nicht, dass man schon eine pfannenfertige Idee hat.
- 3.16 Aquil Briggen betont, dass es vorkommt, dass der Werkhof den Abfall nicht mitnimmt, Das Problem ist, dass es ein Vabanquespiel ist, wo man eigentlich nur verlieren kann. Lässt man den Abfall zu lange draussen stehen, gibt es Reklamationen. Nimmt man ihn zu schnell mit, fragen sich die Leute, warum sie sich dann noch an den Abfuhrtag halten, wenn es am anderen Tag abgeholt wird. Es ist nicht so einfach.
- 3.17 Richard Aschberger bittet Angela Kummer um die Umwandlung ihrer Motion in ein Postulat. Er ist fast überzeugt, dass es einstimmig durchkommen würde. Dann hätte man es nachher auf der Karte. Wenn es dann darum geht, Aufgaben für das neue Polizeiinspektorat zu suchen, kann man es dort direkt einbauen. Er fände es schade. Aber dadurch, dass nur vom Werkhof die Rede ist, ist es zu stark eingezwängt. Mit dem Postulat würde sie es offenlassen.

Es ergeht mit 10 : 5 Stimmen folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird erheblich erklärt.

Vollzug: BD

BD
PA
Stapo

7.2 / acs

Motion Fraktion SP: Grenchen überstrahlt seine Nachbarn? Weniger Lichtverschmutzung für mehr Lebensqualität: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/09.08.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Motion von der Baudirektion in Koordination mit der Stadtschreiberin beantwortet.

1.2 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

3 Diskussion

3.1 Gemeinderätin Angela Kummer bedankt sich für die ausführliche Beantwortung. Es ist gut, dass der Gemeinderat informiert wird. Man wusste von den Budgetposten, aber nicht im Detail, was schon umgesetzt ist und wo man prozentual in der Stadt Grenchen bei der öffentlichen Beleuchtung steht. Sie war erstaunt, dass man nicht schon mehr umgerüstet hat, obwohl es wirklich grosse Summen kostet. Sie hat die Motion eingereicht, weil immer mehr Leute das Thema aufgegriffen und schon fast erschreckende Bilder gezeigt haben (z.B. zu helle Strassenlampen in Wohngebieten, welche die Leute am Schlafen hindern, oder Industrieanlagen in der Stadt, welche durchaus Auswirkungen auf die Gesundheit der Leute haben können). Deshalb ist es wichtig, dass man dem nachgeht. Mit der Strommangellage wird es so oder so rascher vorwärtsgehen als bisher. Man kommt gar nicht darum herum, aus dem Stromspargedanken konkretere Massnahmen zu treffen. Die Stadt muss mit gutem Beispiel vorangehen. Man kann nicht einen Appell lancieren und meinen, dass es dann die anderen (Industrie und Private) machen sollen. Die Stadt muss ebenfalls in den Bereichen, die in ihrer Kompetenz sind, Investitionen tätigen und Sanierungen vornehmen.

3.2 Laut Gemeinderat Alexander Kohli ist Lichtverschmutzung generell ein Phänomen einer hochentwickelten Gesellschaft. Dessen muss man sich bewusst sein. Es ist auch das Problem einer urbanen Umgebung. Es ist nicht das Gleiche, wie wenn man auf einer Alp wohnt. Das sollte aber nach Ansicht der FDP-Fraktion kein Freibillet für unnötige Beleuchtungen aller Art darstellen.

Vielleicht sollte sich auch der Gemeinderat an der Nase nehmen und beim Betrieb von digitalen Plakatstelen für das kürzlich verabschiedete Signaletik-Projekt genauer hinschauen und eine vernünftige Steuerung ins Auge fassen. Dringend sollte man auch bei permanent beleuchteten Arealen etwas unternehmen. Zumindes bis letzten Winter war der Sunnepark beleuchtet wie ein JVA Schachen. Das ist wahrscheinlich nicht notwendig. Ein Areal muss dann beleuchtet sein, wenn ein Bedarf da ist. Er denkt nicht, dass die älteren Leute am Morgen schon unterwegs sind. Die anstehende Energiekrise wird dazu einiges zum Guten drehen. Die Orientierung an modernen Konzepten wie jenes des Hotels The Chedi in Andermatt ist nötig, um nachhaltige Lösungen zu kreieren, die auch den Sicherheitsaspekt für Frauen in der Nacht berücksichtigen. Darauf muss man auch ein Auge haben. Man kann nicht einfach alles abstellen. So einfach ist es nicht. Weniger und richtig gesteuertes Licht dort, wo nötig, das wäre die Lösung. Vor diesem Hintergrund ist die FDP-Fraktion für Erheblicherklärung der Motion. Auch wenn sie abgeschrieben wird, sollte man weiter daran denken (Daueraufgabe).

- 3.3 Die Mitte-Fraktion, so Gemeinderat Roland Hartmann, begrüsst alle Massnahmen, mit denen Strom und andere Energieformen gespart werden können. Sie ist der Meinung, dass von Seiten Baudirektion und SWG der richtige Weg eingeschlagen wurde und so weitergemacht werden soll. Die Mitte befürwortet, dass die Motion erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben wird.
- 3.4 Gemeinderat Fabian Affolter kann sich seinen Vorrednern anschliessen. Das wurde in der SVP-Fraktion auch so thematisiert. Er gehört persönlich nicht zu denjenigen, die mitten in der Stadt wohnen. Dennoch brennt auf seinem Hausplatz ein LED-Scheinwerfer die ganze Nacht, weil bei ihm unten relativ viel eingebrochen wird. Er wird sich aber Gedanken machen, wie er dies in Zukunft optimieren könnte.
- 3.5 Die Ausführungen der Baudirektion und der SWG, so Gemeinderat Patrick Crausaz, hinsichtlich der Bemühungen zur Reduktion der Lichtverschmutzung, insbesondere durch die Strassenbeleuchtung, vermögen die glp zu überzeugen. Sie nimmt zur Kenntnis, dass die betroffenen Anlagen nach anerkannten Regeln der Technik saniert werden und auch Neuanlagen der Smart-Technologie Rechnung tragen werden. Dass die Sanierungsarbeiten koordiniert mit anderen baulichen Projekten und in Abstimmung mit der Lebensdauer erfolgen, erachtet sie ebenfalls als zielführend. Sie ist für Erheblicherklärung und Abschreibung der Motion.
- 3.6 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

Vollzug: BD

BD
SWG
SF

6.2 / acs

Sitzungsplan 2023

Vorlage: KZL/10.08.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Laut Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Kanzleichefin, legt der Gemeinderat gemäss § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Grenchen vom 23. Oktober 2001 die Sitzungsdaten für das kommende Jahr fest. Die monatliche Sitzungskadenz des Gemeinderates hat sich bewährt, wobei den Schulferien, Feiertagen und Sessionsen des Kantonsrates Rechnung zu tragen ist.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Gemeinderat Robert Gerber weist darauf hin, dass auf dem Deckblatt bei den GRK-Terminen die GRK-Sitzung vom 27.09.2023 fehlt (im Kalender ist sie aufgeführt).
- 3.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt noch bekannt, dass im 2023 zwei GR-Workshops «Überprüfung und Präzisierung Kompass» mit Dr. Thomas Gfeller geplant sind: 17. Januar 2023 und neu 7. März 2023, jeweils 17.00 Uhr bis 20.00 Uhr. Der vorgeschlagene Februar-Termin (21. Februar 2023) wird fallen gelassen, weil dann Fasnachtsdienstag ist.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Der Sitzungsplan 2023 des Gemeinderates wird beschlossen.

Vollzug: KZL

Beilage: Definitiver Sitzungsplan 2023

Verwaltungsabteilungen
Kommissionspräsidien

0.1.2 / acs

Internes Kontrollsystem (IKS): Beschluss und Nachtragskredit für das Einführungsprojekt

Vorlage: F+I/18.08.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Vorlage kurz zusammen
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Marc Wilemin erklärt, dass der Kanton das IKS vorgibt, wobei man klar sagen muss, dass dies vor allem für winzige resp. Kleinstgemeinden ist. Wenn man sieht, wie komplex es in Grenchen mit diversen Sicherheitsmassnahmen ist (mit der Revisionsstelle, der professionellen Finanzverwaltung, der neuen Geschäftsprüfungskommission und in 500 Jahren vielleicht noch mit der geforderten Finanzkommission), bräuchte man die zusätzliche Auflage kaum. Die SVP möchte wissen, ob das, was jetzt beantragt wird, das absolute Minimum und Billigste ist, was rechtlich gegenüber dem Kanton möglich ist. Dann kann die SVP dem zustimmen. Man muss daran denken, dass man hier faktisch von einer 20%-Stelle spricht, die sonst irgendwo wieder fehlt. Zusätzlich wird Informatik eingekauft, die auch gewartet und geupdatet werden muss. Man bindet sich mit der Vorlage zusätzliche Fixkosten ans Bein. Deswegen ist die SVP sehr skeptisch.
- 2.2 François Scheidegger kann dem Rat versprechen, dass er sich vehement dafür einsetzen wird, dass nur das gemacht wird, was es wirklich braucht. Das ist etwas, das eher auf die kleinen Gemeinden zugeschnitten ist. Es gibt immer mehr Auflagen des Amtes für Gemeinden. Man beschäftigt sich gegenseitig. Man hat ein internes Controlling, das Vier-Augen-Prinzip, die Revisionsstelle sowie die Geschäftsprüfungskommission und dann revidiert der gleiche Kanton auch noch einmal. Die Idee des IKS ist an und für gut, das hat jedes Unternehmen. Es schadet nichts, wenn man das auch hat. Die Frage ist immer, in welcher Tiefe man das dann macht.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Dem Gemeinderat wird zu gegebener Zeit das Reglement IKS und die Bestimmung des/der Beauftragte(n) IKS zum Beschluss vorgelegt.
- 4.2 Barbara Marti wird als interne Projektleiterin «Internes Kontrollsystem (IKS)» bestimmt.
- 4.3 Für die Funktionszulagen der internen Projektleitung wird zu Lasten ER 2022 Konto Nr. 0110.3010.00 (Legislative) ein Nachtragskredit von CHF 1'800.00 (exkl. Sozialleistungen) bewilligt. Die wiederkehrenden Kosten werden im Budget aufgenommen.
- 4.4 Für die Unterstützung durch den externen Projektleiter wird zu Lasten ER 2022 Konto Nr. 0110.3130.30 ein Nachtragskredit von CHF 8'000.00 bewilligt. Die wiederkehrenden Kosten werden im Budget aufgenommen.
- 4.5 Für die Beschaffung der Informatikplattform wird zu Lasten ER 2022 Konto Nr. 0110.3133.00 ein Nachtragskredit von CHF 18'000.00 (inkl. MWST) bewilligt. Die wiederkehrenden Kosten werden im Budget aufgenommen.

Vollzug: FV, Stadtschreiberin

Stadtschreiberin
FV

0.1.8.0 / acs

Beitrag an Kindertagesstätte Seniokita: Nachtragskredit 2022

Vorlage: F+I/17.08.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gottfried Gnos, Innovation, Projektentwicklung, Verwaltungsrat Seniokita AG, bedankt sich für die Einladung in die GR-Sitzung, stellt anhand einer Präsentation die Seniokita vor und gibt ergänzende Erläuterungen (s. Beilage). Ebenfalls anwesend sind Claudia Unger, Projektleitung, Qualität, und Manuela Häner, Kitaleitung.
- 1.2 Stadtpräsident François Scheidegger findet, dass es eine gute Sache ist. Er hat sich davon auch schon persönlich überzeugen lassen. Das Konzept ist innovativ. Er erinnert daran, dass es seinerzeit im Zusammenhang mit dem Gestaltungsplan Sunnepark eine Auflage des Gemeinderates war, dass man dort eine Kita vorsieht. Es war auch immer geplant, dass man auf den 1. Januar 2022 soweit sein würde, um den Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung vorzunehmen. Dieser Zeitplan konnte aus verschiedenen Gründen nicht eingehalten werden. Es ist seines Erachtens auch nicht so tragisch. Es ging damals insbesondere um die Trägerschaft für die städtischen Kindertagesstätten, was sich dann etwas komplexer dargestellt hat, als man zuerst gerechnet hat. Die Seniokita ist davon ausgegangen, dass man seitens Stadt in dieser Sache am 1. Januar 2022 operativ wäre, und hat auch entsprechende Leistungen erbracht. Die Rechnung ist schwierig zu machen, wenn die städtischen Beiträge (jetzt fehlen).
- 1.3 Gemeinderätin Angela Kummer fragt, wie die prozentuale Zusammensetzung Kita-Kinder und Hort-/Mittagstisch-Kinder ist. Das interessiert sie im Zusammenhang mit den Tagesstrukturen im Schulhaus Kastels. Sie fragt sich, ob dort das Angebot ausreicht oder ob gewisse Kinder zur Seniokita ausgewichen sind.
- 1.3.1 Manuela Häner erklärt, dass man zurzeit 54 angemeldete Kinder hat. Davon sind 11 Kindergarten- und Schulkinder. Man hat jetzt wieder Anfragen erhalten, aber hauptsächlich für die Ferienbetreuung.
- 1.4 Gemeinderat Ivo von Büren möchte wissen, was mit der Seniokita passieren würde, wenn der Gemeinderat das Geld nicht sprechen würde.
- 1.4.1 Laut Gottfried Gnos müssten die Aktionäre Geld einschiessen.
- 1.4.2 François Scheidegger weist darauf hin, dass die Gemeinderatskommission am 23. Februar 2022 das Gesuch der Seniokita für das Jahr 2021 behandelt und entschieden hat, dass es keinen Beitrag gibt. Die Verantwortlichen haben es im 2021 auf eigenes Risiko gemacht.

Hinsichtlich 2022 hat die Seniokita damit gerechnet, dass die Stadt am 1. Januar 2022 soweit ist. Wenn der Gemeinderat jetzt nichts sprechen würde, wäre das gegen Treu und Glauben. Es kommt noch hinzu, dass die Seniokita die Leistungen erbracht hat. Es wäre schwierig, dann zu rechtfertigen, warum die Stadt andere Kindertagesstätten unterstützt, aber nicht die Seniokita. Das könnte noch heikel werden.

- 1.4.3 Für Gottfried Gnos wäre das der Worst Case. Man könnte es auffangen, aber es ist nicht die Idee, dass man so ein Projekt realisiert und es zum teuersten Hobby macht. Es ist auch nicht ein Projekt, mit dem man Geld verdienen will, sondern es ist ein Herzensprojekt. Man würde nie zulassen, dass es irgendwie bachab geht.
- 1.4.4 Gemäss François Scheidegger heisst Subjektfinanzierung auch, dass es egal ist, wer Dienstleister ist. Das soll der Markt entscheiden. Die Eltern sollen entscheiden, welches Angebot das bessere ist und welches sie in Anspruch nehmen wollen. Vorliegendenfalls ist es letztlich doch eine Objektfinanzierung. Man spielt es so durch, wie wenn man die Subjektfinanzierung schon hätte, und kommt so auf den Betrag von CHF 160'000.00.
- 1.5 Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die Vorlage anstelle des entschuldigten Finanzverwalters David Baumgartner kurz zusammen.

2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, hat das Geschäft in der Mitte-Fraktion viel zum Diskutieren gegeben. Die Mitte hegt nicht wirklich viel Sympathie zum geforderten Nachtragskredit und hat grosse Mühe mit dem Vorgehen. Grundsätzlich erfreut es sie, dass eine Firma in Grenchen in ein zusätzliches Kita-Angebot investiert hat und dadurch den Eltern der Grenchner Kinder eine weitere Auswahlmöglichkeit an Kita-Plätzen anbietet. Jedoch geht sie davon aus, dass, wenn eine Trägerschaft wie die Bluestep AG aus Zürich in Grenchen oder anderswo in der Schweiz eine Kita eröffnet, nebst einem Businessplan auch das nötige Geld für die ersten fünf Betriebsjahre bereithält und sich nicht zu sehr auf die Anschubfinanzierung vom Bund und den Betreuungsgutscheinen der Stadt Grenchen abstützt. Leider hat man sich in diesem Fall zu sehr auf die Subventionen verlassen, welche nicht im budgetierten Umfang geflossen sind und geriet dadurch in finanzielle Schieflage. Auf das eingereichte Eilgesuch hin sah die Gemeinderatskommission keine andere Möglichkeit, als den finanziellen Rettungsanker zu werfen und die Seniokita mit einer Akontozahlung von CHF 90'000.00 vor dem Untergang zu bewahren. Nun steht der Gemeinderat vor der Entscheidung die restlichen CHF 70'000.00 zu überweisen und die 25 Kita-Plätze zu sichern oder den Antrag abzulehnen, was wohl bedeuten würde, dass die Seniokita ihre Segel streichen muss. Wie bereits eingangs erwähnt, steht die Mitte-Fraktion dem Unterfangen eher kritisch gegenüber. Sie wird zähneknirschend den Anträgen zustimmen, jedoch nur damit die Familien ihre Kita-Plätze nicht verlieren. Einem weiteren Rettungsanker wird sie nicht mehr zustimmen!
- 2.2 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion lange über das Geschäft diskutiert hat. Es sind nicht alle gleicher Meinung. In der SVP sind die Meinungen frei. Die Fraktion ist grundsätzlich für Eintreten auf das Geschäft und wird ihm grossmehrheitlich zustimmen. Der Sunnepark AG wurde damals die Auflage gemacht, dass sie dort eine Kita hineintun muss. Sie hat die Forderung umgesetzt. Jetzt kann die Stadt nicht kommen und sagen, dass es sie nichts angeht und die Seniokita selbst schauen soll. Wenn man etwas fordert, muss man es auch bearbeiten.

Die Stadt unterstützt schliesslich auch die Kita Teddybär und das Bachtelen (mit den Kitas Märlihus und Villa Kunterbunt). Deshalb wird die SVP dem zustimmen. Die Grenchner Altersheime haben selbst einmal geprüft, eine Seniokita zu installieren, und es durchgerechnet. Man ist zum Resultat gekommen, dass das höchst unrentabel wäre. Die Spitze der Altersheime ist jetzt daran, zu prüfen, ob man sich im Bachtelen einkaufen könnte.

2.3 Gemäss Farah Romy, Ersatz-Gemeinderätin, hat das Geschäft in der SP-Fraktion zu keinen grossen Diskussionen geführt. Man war sich recht einig, dass die Seniokita ein innovatives, kreatives intergeneratives Angebot ist. Kompliment an dieser Stelle. Es handelt sich aber um ein nachfragebasiertes Modell, das vom Bund gestartet wurde und auch vom Bund zukünftig subventioniert wird. Die Seniokita hat dannzumal auf eigenes Risiko und ohne Leistungsvereinbarung mit der Stadt den Betrieb aufgenommen. Die Stadt hat aber insofern eine Teilverantwortung gegenüber dem Defizit, das angegeben wurde, aufgrund des Zusprechens der Projektleitung. Die Kita hat das Gesuch für die Defizitbeiträge fristgerecht der Behörde vorgelegt und die Herleitung der Kosten wurde in der Vorlage sehr ausführlich dargestellt. Mit der neuen Subjektfinanzierung, die definitiv ab 1. Januar 2023 in Kraft tritt, kann davon ausgegangen werden, dass die Kitas von den Betreuungsgutscheinen profitieren können und es sich bei dem Nachtragkredit um eine einmalige Zahlung von CHF 160'000.00 handelt. Als Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung und aufgrund der genannten Gründe wird die SP diesem Nachtragskredit einstimmig zustimmen.

2.4 Gemeinderat Robert Gerber meint, dass man dieser Vorlage auch den Titel «The neverending story» geben könnte. Das Ganze liest sich wie ein mehr oder weniger spannender Roman und die Geschichte spielt sich innerhalb von einem Jahr ab. Die Angelegenheit ist ordnungspolitisch unschön, aber sie ist halt einmal auf dem Tisch und muss behandelt und abgearbeitet werden. Er holt jetzt nicht aus zu einem minutiösen Rückblick und doch geht es nicht ohne ein paar Details zu wiederholen. Die Angelegenheit Kitas ist in Grenchen im Umbruch. Nachdem der Gemeinderat einen sogenannten Ampelentscheid gefällt hat, der eine Verselbstständigung der Kitas zum Ziel hatte, ist der Prozess in Gang gekommen. Alle hier im Rat wissen, dass dieser Prozess ein Jahr länger dauert, als ursprünglich vorgesehen war. Es gibt der Gründe viele, warum man erst zu Beginn des nächsten Jahres so weit sind. Und das ist ein massgeblicher Grund, warum das Projekt Seniokita in «Schieflage» ist. Der Gemeinderat hat den seinerzeitigen Ampelbeschluss notabene einstimmig gefasst und damit auch signalisiert, dass ihm die Kitas wichtig sind. Die Initianten der Seniokita haben in guten Treuen gehandelt und waren am 1. Januar 2022 bereit zu starten. Ja sie waren schon vorher bereit. Aber der 1. Januar 2022 war das ursprünglich für den Start des neuen Projektes vorgesehene Datum. Es macht den Anschein, dass mit der Kommunikation zwischen der Stadt, dem städtischen Projektteam und der Seniokita nicht alles richtig gegangen ist. Das ist mit ein Grund, wieso sich die Leute von der Seniokita darauf eingestellt haben, dass ihr Projekt bereits ab dem 1. Januar des laufenden Jahres von der Subjektfinanzierung profitieren könnte. Jetzt liegt ein Antrag auf dem Tisch, zumindest für das Jahr 2022 einen Defizitbeitrag von CHF 160'000.00 zu leisten. Selbstverständlich kann der Gemeinderat Nein dazu sagen. Es stellen sich allerdings einige Fragen.

1. Kann es sich die Stadt Grenchen bzw. der Gemeinderat leisten, nachdem er bei der Überbauung Sonnenpark explizit die Schaffung einer Kita forderte, Nein zu sagen?
2. Was gäbe das für ein Bild ab, wenn quasi mit dem Neustart der Verselbstständigung der Grenchner Kitas eine Kita die Bilanz deponieren müsste?

3. Hat man in den letzten Jahren nicht auch der anderen privaten Kita Teddybär ihr jeweiliges Defizit im Umfang von jährlich über CHF 200'000.00 ausgeglichen?
4. Haben die stadt eigenen Kitas in den vergangenen Jahrzehnten der Stadt nicht auch erhebliche Summen gekostet, ohne dass sie gross Einfluss nehmen konnte?

Die FDP-Fraktion sagt zu all diesen Fragen Nein, Man kann sich eine Ablehnung leisten. Das Geschäft mag unschön sein. Es wurden einige Fehler gemacht - von wem auch immer - aber dem Gemeinderat bleibt nicht viel anderes übrig, als in den sauren Apfel zu beissen. Die FDP wird auf das Traktandum eintreten und den entsprechenden Anträgen zustimmen.

Eintreten wird einstimmig beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Laut François Scheidegger ist offenbar der Bundesbeitrag noch nicht ganz klar. Es ist auch nicht so viel gekommen, wie die Trägerschaft zuerst gemeint hat.
 - 3.1.1 Gottfried Gnos erklärt, dass man eine Akontozahlung erhalten hat. Beim Geld des Bundes handelt es sich um eine Anschubfinanzierung. Das Geld ist nicht für den laufenden Betrieb gedacht oder um das Betriebsdefizit zu decken, sondern die Anschubfinanzierung dient zum Einkaufen der Einrichtung und zum vorzeitigen Einstellen von Personal (ein bis zwei Monate vorher). Man muss den Betrieb zuerst anschieben. Das Defizit aus dem laufenden Betrieb und die Anschubfinanzierung BSV sind zwei Paar Schuhe. Das darf man nicht miteinander vermischen. Deshalb kann man es nicht abhängig machen und sagen, dass die Senio Kita vom Bund auch noch etwas erhält. Das hat miteinander nichts zu tun. Das sind zwei verschiedene Zwecke.
 - 3.1.2 François Scheidegger verweist auf die Rückstellungen, die der Gemeinderat für die Überführung der beiden städtischen Kitas zum Bachtelen bewilligt hat. Man wird sicher nicht alles brauchen. Man wollte hier auf der sicheren Seite sein.

Es ergeht einstimmig folgend

4 Beschluss

- 4.1 Der Gemeinderat nimmt vom zusätzlichen Kinderbetreuungsangebot der Senio Kita wohlwollend Kenntnis.
- 4.2 Für 2021 wird kein Defizitbeitrag bewilligt.
- 4.3 Für 2022 wird ein Defizitbeitrag von max. CHF 160'000.00 bewilligt.
- 4.4 Für 2022 wird in der ER Konto Nr. 5450.3636.71 (Beitrag an Kindertagesstätte «Senio Kita») ein Nachtragskredit von CHF 160'000.00 bewilligt.
- 4.5 Vom Zirkularbeschluss der Gemeinderatskommission und der Akontozahlung von CHF 90'000.00 wird Kenntnis genommen.
- 4.6 Sollten vom Bund insgesamt höhere Subventionsbeiträge als CHF 150'000.00 gesprochen werden, ist der Mehrbetrag der Stadt Grenchen zurückzuführen.

Mitteilung an: Seniokita AG, Herr Gottfried Gnos, Jurastrasse 92, 2540 Grenchen

Vollzug: FV, KZL

Präsentation: Seniokita

FV

2.9.4 / acs

Postulat Fraktion SP: Veloweg zu Schwimmbad und Aare: Einreichung

1 Mit Datum vom 30. August 2022 reicht die SP-Fraktion folgendes Postulat ein (Erstunterzeichner: Michael Schlup):

1.1 Motionstext

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie in kurzer Zeit ein sicherer Veloweg zur Badi und zur Aare entlang der Flughafenstrasse und der Archstrasse realisiert werden kann, da dies einem dringenden Anliegen der Bevölkerung entspricht. Durch eine klar getrennte Spur zum motorisierten Verkehr soll dies möglich werden.

Begründung

Seit einigen Jahren diskutiert, plant und stellt man in Aussicht, dass sich die Strassenverhältnisse für Velofahrer beim Südbahnhof verbessern. Der Kanton hat einstimmig zugestimmt und der Stadt den Auftrag zur Umsetzung überwiesen. Im Sommer 2022 ist immer noch keine Besserung zu erkennen. Dabei ist die Strecke in die «Witi» eine wichtige Route für Kinder, Jugendliche und Familien. Sie wollen in die «Badi» oder an die Aare und das ohne Gefahr. Die angedachte Bahnquerung von der Girardstrasse zur Brühlstrasse wird aber noch Jahre in Anspruch zu nehmen. Die bestehenden Strassenunterführungen Léon Breitling und die Flughafenstrasse sind alles andere als für den Zweiradverkehr ausgelegt. Insbesondere die Industriezone mit Autobahnzubringer ist ein gefährlicher Streckenabschnitt für Kinder. Pragmatische Lösungen in kleinen Schritten sind gefragt. Eine eigenständige Spur gibt Raum und Sicherheit. Rollerblades, Skateboards, Trottinets... auch für die stark aufkommenden E-Bikes bietet es eine Chance und es regt an, vielleicht auch einmal auf das Auto zu verzichten. Nebst Schwimmbad und Aare bietet diese Verbindung auch Anschluss für verschiedene weitere Sportstätten; Velodrome, Skaterpark, Tennisclub, Fussballclubs, Flughafen, Kanu Club und alsbald auch den Bootshafen. D.h. diese Anliegen sind im Interesse der Vereine und letztlich auch für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Grenchen. Das erklärte Ziel ist, das Velo in Grenchen als eine attraktive Alternative zu etablieren. Hierzu soll das Dokument «Veloweg zu Badi und Aare» als Leitfaden dienen. Das Postulat wird eingereicht, mit dem Ziel bis zur nächsten Badesaison, Anfangs Mai 2023, eine entsprechende Strassenverbindung nutzen zu können.

2 Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BD
Stapo

6.2 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1 Grenchen: Erschliessung Vorder Munters ab Muntersweg

- 1.1 Der Regierungsrat hat mit Regierungsratsbeschluss 2022/1154 vom 16. August 2022 die Erschliessung Vorder Munters ab Muntersweg, Teil-GEP, Teil-GWP und Erschliessungsplan, genehmigt.

2 Grenchen: Teilzonen- und Gestaltungsplan „Brühl“ mit Sonderbauvorschriften

- 2.1 Der Regierungsrat hat mit Regierungsratsbeschluss 2022/1152 vom 16. August 2022 den Teilzonen- und Gestaltungsplan „Brühl“ mit Sonderbauvorschriften genehmigt.

3 Demission von Gemeinderat Patrick Zberg infolge Wohnortswechsel

- 3.1 Stadtpräsident François Scheidegger verliert das Demissionsschreiben von Gemeinderat Patrick Zberg, welcher per 5. August 2022 infolge Wegzugs von Grenchen von all seinen Ämtern zurückgetreten ist (Gemeinderat, Mitglied Arbeitsgruppe Sport, Delegierter ARA Regio Grenchen, Verwaltungsrat Tennishalle Grenchen AG).
- 3.2 Patrick Crausaz, bisher Ersatz-Gemeinderat, hat sich bereit erklärt, als ordentliches Mitglied des Gemeinderates nachzurücken. Mit Wahlfeststellung der Stadtkanzlei vom 29. August 2022 wurde er als gewählt erklärt. Der Amtsantritt erfolgt per 30. August 2022.

4 Campus Grenchen: Campus Technik: aktueller Projektstand

- 4.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger ist ein Orientierungstraktandum mit Michael Benker, hftm, und Enzo Armellino, Swissmechanic Sektion Solothurn, für eine der nächsten GR-Sitzungen geplant.